

Peru im Klimawandel



Sägewerk in Pucallpa (© 2013 CIAT/Adriana Varón)

Im Jahr 2021 vorgelegte Berichte und weltumfassende Bestandsaufnahmen internationaler Expertengremien – wie zum Beispiel Weltklimarat (IPCC) oder Weltorganisation für Meteorologie (WMO) – lassen keinen Zweifel zu: Der Klimawandel findet statt und er verschlingt heute schon Unsummen. Er ist menschenverursacht und betrifft bereits alle bewohnten Regionen der Erde. Einige Prozesse (z.B. Meeresspiegelanstieg, Gletscherschmelze) sind unumkehrbar. Die 2015 im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Begrenzung der Erderhitzung ist – wenn überhaupt – nur noch zu erreichen, wenn die Treibhausgasemissionen des Planeten sofort massiv verringert werden. Und die Begrenzung wiederum kann nur noch das Allerschlimmste verhindern. Auch in Peru häufen sich Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Flutkatastrophen.

Für ein außergewöhnlich artenreiches Land wie Peru – mit über 25.000 registrierten Pflanzen- und mehr als 500 Säugetierarten¹ sowie besonders vielen verschiedenen Ökosystemen zwischen pazifischen Gewässern, Andengletschern und -hochland, sandiger Wüstenküste und tropischem Regenwald – bringt der Klimawandel besondere Intensität, Reichweite und Verantwortung. Wobei klar ist: Verursacher der Klimakatastrophe sind nicht Länder wie Peru, sondern historisch die USA, Europa, Russland, der globale Norden; heute folgt das kleine Deutschland hinter China, den USA, Russland, Indien, Japan. Deutschland hat (mit heute etwa einem Prozent Weltbevölkerungsanteil) seit Beginn der Industrialisierung fast fünf Prozent der Erderwärmung zu verantworten.² Seine heutigen Treibhausgasemissionen pro Kopf sind mehrfach höher als die von Peru.

Dort führen Sturzregen immer öfter zu Erdrutschen und Überschwemmungen, anhaltende Dürreperioden zu enormen Ernteausfällen und Trinkwassermangel. Gleichzeitig schmelzen die Gletscher im Andenraum immer schneller und die sich verändernden Wind- und Meeresströmungen machen das Wetterphänomen El Niño mit Sturm- und Flutkatastrophen unberechenbarer und gefährlicher.

Die Bevölkerung leidet bereits unter den Klimaveränderungen: In der Hauptstadt Lima, einem Ballungsraum von rund 10 Millionen Menschen, lassen Hitzewellen Wasser und Trinkwasser noch knapper werden, während Starkregen und Schlammlawinen die Menschen in den Randbezirken existenziell bedrohen. Auf dem Land nehmen die Ernteausfälle zu.



Furt bei Hochwasser im zentralen Regenwald (© Ociel Egoavil Pascual)

Die Rohstoffpolitik der peruanischen Regierungen der letzten Jahrzehnte fordert klimatischen (und gesellschaftlichen) Tribut: Raubbau an Bodenschätzen, zunehmende Abholzung zugunsten von Export-Monokulturen, Bewässerung für Wüstenproduktion – all dies zeitigt Effekte. Dabei müsste gerade dieses Land großes Interesse daran haben, seine in jeder Hinsicht großartige und stabilisierende Vielfalt zu erhalten. Dazu kommt, dass Peru mit dem zweitgrößten Anteil am amazonischen Regenwald und den verschiedensten Klimazonen im internationalen Rahmen unentbehrlich ist, wenn es um gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung der weltweiten Klimakrise geht.

Klimapolitik in Peru

In den vergangenen 20 Jahren hat der peruanische Staat neue Strukturen für seine Umweltpolitik geschaffen. Er hat 2001 Allgemeine Umweltstandards (ECA) und 2009 eine Nationale Umweltpolitik festgeschrieben, 2008 den Nationalen Umweltrat CONAM in ein neu geschaffenes Umweltministerium überführt, in dem es Abteilungen für Artenvielfalt, Ressourcenstrategie, ökologische Raumordnung, Klimawandel und Wüstenbildung gibt. Eine Nationale Kommission Klimawandel (CNCC) soll mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften die staatliche Politik diskutieren, überwachen und Transparenz über die Fortschritte Perus bei der Umsetzung der *Nationally Determined Contributions* (NDC) herstellen.³ In seinen Nationalen Verpflichtungen hatte der peruanische Staat festgelegt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 30 Prozent (im Vergleich zu den prognostizierten) zu senken. Auf der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2021 bekräftigte der peruanische Präsident Castillo, Peru solle bis 2050 klimaneutral werden und werde deshalb den Treibhausgasausstoß bis 2030 nicht nur um 30, sondern um 40 Prozent vermindern. Außerdem werde der Präsident den Nationalen Klimanotstand erklären.

Ein 2018 verabschiedetes Rahmengesetz zum Klimawandel sieht die Beteiligung indigener Gemeinschaften an Schutzmaßnahmen vor, was Bürger*innenbeteiligung bei der territorialen Verwaltung und Administration von Ökosystemen bedeuten müsste. Dank Umweltministerium hat Peru 2019 als erstes Land in Südamerika einen Aktionsplan für Gender und Klimawandel⁴ formuliert, in dem Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutzmaßnahmen untrennbar verknüpft sind. Die Nationale Klimawandelstrategie (ENCC) mit langfristiger Perspektive zielt auf eine kohlenstofffreie Industrie bis 2050.

Tatsache ist, dass nach wie vor für die meisten gesetzlichen Regelungen Kontroll- und Begleitmechanismen fehlen. Es gibt weder eine offizielle, regelmäßige Berichtspflicht noch staatliche Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen. Im Staatshaushalt 2021 (dem bisher größten) wurde ausgerechnet das Budget des Umweltministeriums empfindlich gekürzt.

Der Staat ist immer noch stark zentralisiert, weshalb Regional- und Lokalregierungen oft ohne ihn planen und handeln. Das erschwert es, Fortschritte und Erfolge – von der Distriktebene bis zur Zentralregierung – zu messen. Auch mangels aktueller Daten⁵ lässt sich nur schwer sagen, ob Peru bei Emissionsminderung und Klimafolgenanpassung erfolgreich handelt. Was sich sagen lässt: Personen, Bürgergruppen und Nichtregierungsorganisationen in Peru, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, werden (wie andernorts auch) von den Behörden eher als störend eingestuft und behandelt. Von einem Bündnis zwischen einer aufmerksamen Gesellschaft und dem politisch-administrativen Apparat um dem Klimawandel zu begegnen kann noch keine Rede sein. Anstrengungen und Projekte seitens der Bevölkerung gibt es.



Abholzung in Río Negro (© Jhenny Muñoz Hilaes)

Beispiele für zivilgesellschaftliche Klimaprojekte

Ein Beispiel ist das nachbarschaftliche Warnsystem zum Katastrophenschutz. In der Metropolregion Lima leben mehr als 155.000 Menschen in unzureichenden Unterkünften in Gegenden, die häufig von Überflutungen betroffen sind. Die problematische Wohnsituation vieler Bewohner*innen wird durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verschärft, z.B. mit der Zunahme von Starkregen, Schlammlawinen, Hitzewellen und anderen Naturkatastrophen. In zwei der ärmeren Gegenden Limas haben Nachbarschaftsgruppen ein gemeindebasiertes Warnsystem eingerichtet, das die Kommunikation zu Katastrophenschutz und -bewältigung erleichtert. Auch die öffentliche Plattform SIGRID ist ein Informationssystem für Katastrophenrisikomanagement, das sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden vor Risiken warnt. Die

Initiative *Cities for People Observatory* ist ein Projekt, das von städtischen Gemeinschaften ins Leben gerufen wurde. Dort werden Karten von Siedlungen erarbeitet und verwaltet, die nicht von der Regierung offiziell registriert und erfasst werden. Die Karten liefern Informationen über die Lebensbedingungen, Bedürfnisse und Risiken der betroffenen Siedlungsbevölkerung, die sie so an die Behörden melden können. Sie wurden von den Bewohner*innen selbst entwickelt. Ein selbstverwalteter Solidaritätsfonds nutzt Eigenmittel der Gemeinschaften sowie öffentliche Beiträge der lokalen und nationalen Regierung, um Darlehen und Kredite für Gemeindearbeiten zu finanzieren. Dadurch werden Risiken gegenüber dem Klimawandel verringert und die Lebensbedingungen und -qualität der Menschen verbessert.⁶

Ein anderes Beispiel betrifft die Wampis in Nordperu. Auf ihrem Gebiet, das sich im amazonischen Regenwald über mehr als 1,3 Millionen Hektar erstreckt, schädigten insbesondere illegaler Holzeinschlag, Ölpipeline-Lecks, Bergbau sowie illegaler Goldabbau an Flüssen die Gesundheit der Menschen, verseuchten Flüsse und schmälerten die Artenvielfalt. Konzerne säten Zwietracht, indem sie mit den Gemeinden einzeln verhandelten. Nicht zuletzt, weil die Wampis ihre Siedlungs- und Lebensweise auf und mit ihrem Territorium existenziell gefährdet sahen und sich der Staat trotz der dramatischen Umweltprobleme zurückhielt, riefen sie die Autonome Territorialregierung der Wampis-Nation (GTANW) aus. Sie wollen ihr Territorium in Peru nach ihrer Weltanschauung und Kultur, das heißt nichts zerstörend, selbst verwalten (westliche Lesart: Sie wollen wieder in Einklang mit der Natur leben). Die Wampis akzeptieren die staatliche Macht und Verfassung Perus; sie möchten lediglich in deren Rahmen und Struktur ihre Angelegenheiten als Indigene und Bürger*innen selbst regeln. Dazu benötigen sie dringend die rechtliche Anerkennung ihrer Territorien. Nur, wo diese vorliegt, können – das zeigt die Erfahrung – Megaprojekte in fragilen Ökosystemen oder das Vordringen der Drogenmafia verhindert und so der Wald geschützt werden.

Das ist insofern von großer Bedeutung, als die Indigenen vor Ort die besten Hüter des Waldes sind, wie u.a. auch die Welternährungsorganisation FAO weiß. Aber in Peru ist im 21. Jahrhundert die Abholzung der Wälder signifikant am Treibhausgasausstoß beteiligt. Bemühungen, diese Tendenz durch diverse Projekte und internationale Programme aufzuhalten, blieben im Kern erfolglos. Im letzten Jahrzehnt und insbesondere während der Pandemie nahm die Abholzung zu. Damit



Bangen, wann der Hang rutscht (© Kopp/MISEREOR)

wird die Erderhitzung vorangetrieben: der wichtige Wasserhaushalt wird gestört, Pflanzen und Wolkendach schützen weniger und es wird weniger CO₂ gebunden. Die Wampis wollen diese Fehlentwicklungen aufhalten und den Wald für ein gutes Leben sorgsam bewirtschaften.

Internationale Projekte in Peru

Der Klimawandel als globales Problem hat auch auf Ebene der Vereinten Nationen zu Förderprogrammen und -mechanismen geführt. Seit 1991 fördert die Globale Umweltfazilität (*Global Environment Facility*, GEF) Umweltschutzprojekte in sog. Entwicklungsländern. Sie wird von der Weltbank, UNDP und UNEP getragen und finanziert sich aus Beiträgen der Staaten. In der GEF sind 184 Regierungen, auch Peru und Deutschland, vertreten.⁷ Deutschland ist eines der Geberländer.⁸ 18 akkreditierte GEF-Agenturen⁹ entwerfen Projekte, die sie mit Regierungsstellen, dem Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen durchführen.¹⁰ In Peru wurde zum Beispiel die Einführung von Energiesparlampen gefördert. Für den engeren Bereich Klimaschutz / Klimawandel wurden dort nur 5,5 Prozent, für Biodiversität aber 89,3 Prozent der Mittel eingesetzt. Genehmigt wurde 2017 ein Projekt (Nummer 9374) mit dem WWF-US zur Sicherung der nationalen Naturschutzgebiete.¹¹ Zivilgesellschaft und gemeinschaftsbasierte Organisationen können (nur) Anträge über den Kleinprojektfonds stellen.¹²

Große Summen werden im Rahmen der Klimarahmenschutzkonvention der Vereinten Nationen über den multilateralen Grünen Klimafonds (*Green Climate Fund*, GCF) für Anpassungsmaßnahmen (Adaptation) an den Klimawandel und zur Minderung (Mitigation) der Treibhausgasemissionen in sog. Entwicklungs- und Schwellenländern bereitgestellt. Deutschland liegt mit (zugesagten) 1,5 Milliarden Euro an dritter Stelle der Geberländer.¹³ Für Peru gibt es drei über den GCF finanzierte Klimaprojekte; eines davon ausschließlich für Peru:¹⁴ Projekt FP001 über 9,1 Millionen US-Dollar (inkl. Kofinanzierungen) soll die Amazonas-Feuchtgebiete in Datem del Marañón (Loreto) und die dortige Bevölkerung resistenter machen gegen die zu erwartenden Katastrophen. Weitere Treibhausgasemissionen durch Entwaldung sollen vermieden und die indigenen Gemeinschaften ins Projekt einbezogen werden; sie sollen als alternative Einnahmequellen vor allem Bio-Unternehmen aufbauen.¹⁵

Es gibt noch andere finanziell relevante, internationale Klimaallianzen. Dem bestehenden Abkommen zwischen Norwegen, Deutschland und



Klimamaßnahmen erfordern Geschlechtergerechtigkeit (Foto: Ministerio del Ambiente/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)



Klimaaktivist*innen vor schmelzenden Gletschern (© MOCICC)

Peru zu „Netto-Null-Entwaldung“ in Peru traten inzwischen auch das Vereinigte Königreich (und die USA als Beobachter) bei. Die Tücke liegt im Detail und darin, was eigentlich Netto-Null-Entwaldung als Konzept bedeutet. Um allerdings das millionenschwere Geschäft der Holzmafia wirksam zu stören oder gar zu unterbinden, müssen effektivere Präventions-, Kontroll- und Sanktionsinstrumente etabliert werden.

Bei Großprojekten solcher Größenordnungen, wie sie zwangsläufig mit dem Zertifikate-Handel zur CO₂-Kompensation einhergehen, wird der Erfolg (mit Unterbindung von Korruption auf allen Seiten und Ebenen) sehr eng daran geknüpft sein, dass die betroffene Bevölkerung von Anfang an mitplant und mitentscheidet. Bei internationalen Klimagesprächen sind die international verbrieften Rechte Indigener besser als bisher wahrzunehmen: ihre Vertreter*innen müssen zu Wort kommen, übersetzt und gehört werden. Dafür kann sich Deutschland einsetzen.

Betrachtet man Deutschland und Peru, muss noch einmal an die eklatant ungleiche Verantwortung für den globalen Klimawandel erinnert werden. Zur Bewältigung seiner Folgen müssen nun alle beitragen. Deutschland hat seine eigenen Klimaziele nicht erreicht. Die persönlichen Klimabeiträge reichen nicht aus, es bedarf struktureller Änderungen. Die Bundesregierung muss endlich auf die von ihr selbst

Das Abkommen von Escazú

Das regionale Abkommen von Escazú (Costa Rica) über den Zugang zu Informationen, Beteiligung der Öffentlichkeit und Zugang zur Gerichtsbarkeit in Umweltangelegenheiten wurde im März 2018 von 24 Ländern Lateinamerikas und der Karibik unterzeichnet. Peru gehört zu den Ländern, die das Abkommen noch nicht ratifiziert haben. Eine Ratifizierung erhöht die Chancen auf Schutz der Umwelt und der Umweltschützer*innen.

berufenen wissenschaftlichen Gremien (wie den Umweltrat) hören, unstrittige Empfehlungen umsetzen und die internationalen Klimaversprechen einhalten.

Dennoch: Das Amazonasgebiet als CO₂-Speicher und Sauerstofflieferant, als gigantische Wärme- und Wasserpumpe, trägt insgesamt entscheidend zu den wichtigsten weltweiten klima- und überlebensrelevanten Kreisläufen bei. Auch Peru mit seinem Riesenanteil am Amazonasgebiet muss also den seit Jahren zunehmenden Schwund von Primärwald stoppen, der dem illegalen Holzeinschlag der (Edelholz-) Mafia und der „Landnutzungsänderung“ geschuldet ist – sprich: die Abholzung für Agrarindustrie oder Ausbeutung fossiler Rohstoffe stoppen.

Wenn wir von Peru den Erhalt des Regenwaldgebiets wegen dessen Schlüsselrolle fürs Weltklima erwarten, müssen wir uns zum Beispiel auch mit der Flächenversiegelung hierzulande und dem Einbruch der Artenvielfalt in unseren Wäldern und Gewässern befassen. Und: nicht nur in Peru muss die Regierung anerkennen, dass Umweltaktivist*innen für eine lebendige, nachhaltige Demokratie und Zukunft stehen und nicht per se stigmatisiert, kriminalisiert oder verfolgt werden dürfen. Deutschland kann Peru bilateral und multilateral zur besseren Bewältigung der Umweltkrise und des Klimawandels unterstützen, der auch die Artenvielfalt (nicht zuletzt im Pazifik vor der peruanischen Küste) bedroht. Dabei sollten die kontinuierliche Demokratisierung der Umweltpolitik, der Schutz des Regenwalds vor Abholzung und Umwandlung sowie der Schutz der Umweltschützer*innen im Mittelpunkt stehen.

- 1 <https://www.midagri.gob.pe/portal/objetivos/47-sector-agrario/recurso-biodiversidad/345-diversidad-de-especies>
- 2 https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_2018_bf.pdf
- 3 Nationale Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens der Vereinten Nationen
- 4 <https://www.minam.gob.pe/cambioclimatico/wp-content/uploads/sites/11/2015/12/PLAN-G%C3%A9nero-y-CC-16-de-JunioMINAM+MIMP.pdf>
- 5 Die letzten Daten über die nationalen Treibhausgasemissionen stammen aus dem Jahr 2016.
- 6 <https://www.miseror.de/fileadmin/publikationen/summary-report-local-struggles-for-housing-rights-de.pdf>
- 7 <https://www.thegef.org>
- 8 https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/global_environment_facility_782.htm
- 9 darunter z.B. die BID (Interamerikanische Entwicklungsbank), die Weltbank sowie die NGOs IUCN, WWF und Conservation International
- 10 <https://www.thegef.org/partners/gef-agencies>
- 11 <https://www.thegef.org/country/peru>
- 12 Ebd. und Global Environment Facility: Beyond the Numbers. Actions by the GEF Partnership to Safeguard the Environment, August 2019; S. 37
- 13 <https://www.deutschemklimafinanzierung.de/instrument/green-climate-fund-gcf>
- 14 <https://www.greenclimate.fund/countries/peru>
- 15 <https://www.greenclimate.fund/project/fp001>

Alle Links in dieser Publikation wurden zuletzt aufgerufen am 25.10.2021.

Impressum

Herausgeberin: Informationsstelle Peru e.V.
Kronenstr. 16HH, 79100 Freiburg
Tel. 0761-7070840 | info@infostelle-peru.de | www.infostelle-peru.de

in Zusammenarbeit mit Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático (MOCICC), Lima

Redaktion: Antonio Zambrano Allende, Leon Meyer zu Ermgassen,
Elke Falley-Rothkopf, Annette Brox
Lektorat: Trudi Schulze-Vogel
Layout: Silvia Bodemer

1. Auflage 750 Stück | Freiburg, November 2021
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Gefördert durch

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.